

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: VO/7199/2020
	Status: öffentlich
	Datum: 09.01.2020

Dezernat:	I
Fachdienst:	7.2 Bürgerbeteiligung
Sachbearbeiter/in:	Dr. Newiger-Addy, Griet, Sebastian Heidrich

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Vorberatung	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Für Dialog und Vielfalt - Handlungskonzept gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den im Handlungskonzept für Dialog und Vielfalt vorgesehenen Handlungsschwerpunkten zu und ermächtigt den Magistrat, die dort enthaltenen Maßnahmen sowie weitere noch zu erarbeitende Maßnahmen in den Handlungsschwerpunkten umzusetzen.

Der Magistrat legt 2023 einen Abschlussbericht zur Umsetzung der Maßnahmen des Handlungskonzeptes vor.

Sachverhalt:

Entstehung des Konzepts und Finanzierung über Kreisentwicklungsfonds

Im September 2018 demonstrierten 7500 Menschen in Marburg unter dem Motto „#wirsindmehr – Marburg gegen Rechtsextremismus“. Aufgerufen zu der Demonstration mit Kundgebung hatten die Universitätsstadt Marburg mit Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sowie rund 120 Unternehmen, Vereine und Institutionen. Ein breites Bündnis der Marburger Stadtgesellschaft über alle Grenzen des Glaubens, der politischen Überzeugung und der Herkunft hinweg setzte ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie gegen Hass, Hetze und rechtsextremes Gedankengut.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Stadtverordnetenversammlung Marburg Ende September 2018, den Magistrat, „gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Stadtverordnetenversammlung ein langfristig angelegtes Marburger Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln“ (VO/6469/2018).

Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bekräftigen in dem Beschluss „ihre Feststellung, dass die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das

Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern sind“.

Mit der Erarbeitung des Handlungskonzepts wurde federführend die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung betraut, die ab November 2018 unter Beteiligung der Fachdienste 52 / Migration und Flüchtlingshilfe, des Fachbereichs 3 / Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz sowie der Fachbereichsleitung 7 / Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur und dem Integrationsbeauftragten der Universitätsstadt Marburg einen Entwurf erarbeitete.

Bei der Erstellung des Konzeptentwurfs wurde die Universitätsstadt Marburg extern durch das „Demokratiezentrum Hessen“ am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg beraten. Die Inhalte des Entwurfs wurden außerdem dem Magistrat und dem Ausländerbeirat vorgestellt.

Der Entwurf des Handlungskonzepts diente im April 2019 als Grundlage für die Beantragung von Mitteln aus dem Kommunalen Entwicklungsfonds des Landkreises Marburg-Biedenkopf im Förderbereich Projektförderung - Förderung von besonderen Maßnahmen und Projekten / Sonstige kommunalbedeutende Zwecke in Höhe von insgesamt 250.000 Euro bis Ende 2022. Der Antrag wurde vom Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf am 26.06.2019 genehmigt und dementsprechend die Zuweisung vom Landkreis Marburg-Biedenkopf am 2.7.2019 bewilligt.

Seither wurde die Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungskonzepts konkretisiert. Dabei wurden unterschiedliche externe Akteure konsultiert, wie z.B. Professor Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg, Arbeitsbereich Sozialpsychologie, Prof. Benno Hafener, Bewohner*innennetzwerk für Soziale Fragen am Richtsberg. Außerdem wurde eine Begleitende Projektgruppe mit Beratungsfunktion gegründet, die aus Vertreter*innen des Ausländerbeirates, dem Integrationsbeauftragten, den universitären Kooperationspartnern, dem Interkulturelles Begegnungszentrum Kerner / Lutherische Pfarrkirche St. Marien, dem BSF sowie Mitarbeitenden der Verwaltung und interessierten Stadtverordneten besteht. Zudem wurden einzelne Formate zum Teil mit Kooperationspartnern erprobt, z.B. eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Mit Rechten reden?“ sowie eine Lesung und ein Workshop mit der Antirassismustrainerin Tupoka Ogette.

Kernelemente des Konzepts

Das Marburger Handlungskonzept ist ein kommunales Konzept. Daher sollen die verfolgten Strategien an der städtischen Lebenswirklichkeit der Menschen in Marburg ansetzen, auf direkte Gespräche, Beteiligung und Austausch abzielen und vorhandene Initiativen und Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt vernetzen und stärken.

Das Kernanliegen ist dabei, Dialoge zwischen Marburgerinnen und Marburgern zu ermöglichen und zu stärken, lebendige Dialoge auf der Grundlage eines respektvollen Umgangs miteinander und in Anerkennung der Vielfalt der Erfahrungen der Menschen in unserer Stadt.

Mit dem Konzept sollen Gesprächs- und Austauschformate unterstützt bzw. geschaffen werden, in denen sich die Einwohnerinnen und Einwohner Marburgs über diese Vielfalt der Erfahrungen austauschen können und über die unterschiedlichen Sichtweisen, die sich daraus möglicherweise ergeben.

Die Rollen von Politik und Verwaltung in diesen Dialogen können dabei – je nach Zielstellung – unterschiedlich sein: Politik und Verwaltung können unterschiedliche Gesprächsformate unterstützen und moderieren. Sie können aber auch eine Rolle als Beteiligte wahrnehmen, zum Beispiel als Adressaten von Vorstellungen und Anliegen der Bevölkerung unserer Stadt.

Gute Dialoge gelingen eher, wenn sie getragen sind von gegenseitigem Respekt, vorurteilsfreiem Zuhören, dem Ringen um Kompromisse und gemeinsame Standpunkte: Dies sind auch die Leitplanken der politischen Meinungsfindung in demokratischen Gesellschaften. Darum glauben wir: Wenn wir den Dialog stärken, stärken wir auch unser demokratisches Gemeinwesen und ein demokratisches Miteinander in Marburg. Dies ist das Hauptziel des Handlungskonzepts.

Das Handlungskonzept für Dialog und Vielfalt – Gegen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit soll verstanden werden als „**lebendes Konzept**“. Es bietet eine Struktur, an der weitere Vorschläge und Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung Marburg als auch des Stadtparlaments und der Zivilgesellschaft andocken können und ihren Platz finden. **Daher soll zur Umsetzung des Konzepts ein niedrighschwelliger Fördermechanismus geschaffen werden, um entsprechende Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen zu fördern.**

In Marburg gibt es eine breite Vielfalt von Initiativen und Organisationen, die sich für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte einsetzen. Ein wichtiges Anliegen des Konzeptes ist es, diese Initiativen noch stärker als bisher zu vernetzen und einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Es ist zudem der Anspruch dieses Konzepts, bei diesem wichtigen kommunalen Entwicklungsthema Neuland zu betreten. Bestehende Ansätze zur Stärkung des demokratischen Zusammenhalts sollen weiterentwickelt und auf der Grundlage der gewonnenen Umsetzungserfahrungen gute Praktiken zur Demokratieförderung in Marburg entwickelt werden. Es sollen Antworten auf die Frage gefunden werden, welche Ansätze sich besonders gut eignen, um lokale Demokratie im Sinne dieses Konzepts zu stärken.

Die Umsetzung und Förderung von Projekten konzentriert sich auf vier Aktionsfelder (Säulen):

1. Antidiskriminierung
2. Dialog und Beteiligung
3. Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
4. Lokale anwendungsbezogene Forschung und Akquise von externen Fördermitteln

Stand der Planung zur Umsetzung und nächste Schritte

Die Universitätsstadt Marburg setzt schon jetzt in unterschiedlichen Fachbereichen Projekte und Vorhaben zur Förderung von Dialog, Demokratie und Vielfalt in Marburg um. Ein Anliegen des Konzeptes ist es, diese Aktivitäten gebündelt darzustellen auf der Informations- und Beteiligungsplattform MarburgMachtMit der Universitätsstadt Marburg. Erste Informationen sind zu finden unter: <https://marburgmachtmit.de/page/dialog-vielfalt>

Die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung wird in jedem der vier Aktionsfelder zwei bis vier Projekte zusammen mit entsprechenden Kooperationspartnern umsetzen. Folgende Projekte sind bisher geplant:

1. Antidiskriminierung
 - Antidiskriminierungstrainings für Multiplikator*innen sowie Zuschüsse für Institutionen, Vereine, lokale Beratungsstellen und Initiativen für die Durchführung von Antidiskriminierungstrainings
 - Unterstützung beim Aufbau der Antidiskriminierungsstelle Mittelhessen und Verankerung der Stelle in Marburg

- Durchführung einer Studie zu Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Marburg und Entwicklung von lokalen Gegenstrategien
2. Dialog und Beteiligung
 - Aktivierende Befragungen in einzelnen Stadtteilen u.a. zu Themen der Stadtteilpolitik und darauf aufbauend Dialogformate mit der politischen Verwaltungsspitze
 - Niedrigschwellige Dialogformate in einzelnen Stadtteilen, zum Teil verknüpft mit anderen Beteiligungsprozessen
 - Stadtweite Dialogformate zu den Themen gesellschaftlicher Dialog, Politikverdrossenheit, Diskriminierung und Rechtsextremismus
 - Durchführung eines Online-Dialogs zur Sammlung von Projektideen und Vorschlägen
 3. Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
 - Vernetzung von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung
 - Finanzielle Förderung (auf Antrag) von Projekten zivilgesellschaftlicher Organisationen und anderen Institutionen wie z.B. Schulen zu den Themen Antidiskriminierung, Ausgrenzung Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und angrenzenden Themen
 - Lesungen und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Politikverdrossenheit, Demokratiefeindlichkeit und angrenzenden Themen
 4. Lokale anwendungsbezogene Forschung
 - Kleinräumige aktivierende Befragungen zu den Themen Politikverdrossenheit, Diskriminierung und angrenzenden Themen
 - Begleitende Evaluation und Auswertung des Projekts mit einer Abschlusskonferenz 2020 unter der Fragestellung: Was wirkt gegen Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene?

Gegebenenfalls werden weitere Projekte und Vorhaben anderer Fachdienste in der jeweiligen Verantwortung der Fachdienste entwickelt und umgesetzt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:

Die Umsetzung der Maßnahmen des Konzepts wird finanziert durch Mittel des Kreisentwicklungsfonds in Höhe von 250.000 Euro für den Zeitraum 2019 bis 2022.

Die Eigenmittel der Universitätsstadt Marburg in Form von Personal und Sachmitteln betragen 150.000 Euro für den Zeitraum 2019 bis 2022.

Anlagen:

Konzeptentwurf zum Handlungskonzept für Dialog und Vielfalt – gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit

Universitätsstadt Marburg

Konzept für Dialog und Vielfalt - Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit

Stand 25.10.2019:

Federführung: FD 7.2

Beteiligt: Leitung FB 7, FD 52, FB 3 / Johannes Maaser, Integrationsbeauftragter

Externe Beratung durch „Demokratiezentrum Hessen“ am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg (Reiner Becker, Tina Dürr)

1. Warum entwickelt Marburg ein Konzept für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit?

Im September 2018 demonstrierten 7500 Menschen in Marburg unter dem Motto „#wirsindmehr – Marburg gegen Rechtsextremismus“. Aufgerufen zu der Demonstration mit Kundgebung hatten die Universitätsstadt Marburg mit Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sowie rund 120 Unternehmen, Vereine und Institutionen. Ein breites Bündnis der Marburger Stadtgesellschaft über alle Grenzen des Glaubens, der politischen Überzeugung und der Herkunft hinweg setzte ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie gegen Hass, Hetze und rechtsextremes Gedankengut. Bei der Kundgebung sprachen unter anderem Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner, die Vizepräsidentin der Philipps-Universität Prof. Evelyn Korn und der Dekan der evangelischen Kirche Marburg Burkhard zur Nieden.

Demonstration und Kundgebung waren eine direkte Reaktion auf vorhergehende Ereignisse in Chemnitz, wo – nach dem gewaltsamen Tod eines Chemnitzer Bürgers - bei einer öffentlichen Demonstration der Hitlergruß gezeigt und Menschen gejagt wurden, darunter auch eine Gruppe von Gegendemonstranten aus Marburg. Viele Marburgerinnen und Marburger wollten aber auch Haltung zeigen gegen erschreckende öffentliche Auftritte bundesdeutscher politischer Mandatsträger in jüngster Zeit, die eine klare Abgrenzung zu rechtsextremen Inhalten und ein eindeutiges Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten vermissen lassen. Begleitet werden diese öffentlichen Tabubrüche von Erfolgen rechtspopulistischer Parteien – nicht nur in Deutschland -, die für komplexe soziale, ökonomische und ökologische Probleme vereinfachende, ausgrenzende und antidemokratische Politikangebote bereithalten. Gerade in Marburg finden viele Menschen außerdem die Aktivitäten bestimmter Burschenschaften wie der Burschenschaft Germania besorgniserregend, die sich mit der Identitären Bewegung und anderen Intellektuellenzirkeln am äußersten rechten Rand vernetzen.

Die Menschen in Marburg setzten gegen diese Entwicklungen ein starkes Zeichen. Rund 10 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner in unserer Stadt beteiligten sich an der Demonstration am 7.9.2018. Vor diesem Hintergrund ermächtigte die Stadtverordnetenversammlung Marburg Ende September 2018, den Magistrat, „gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Stadtverordnetenversammlung ein langfristig angelegtes Marburger Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln“ (VO/6469/2018). Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bekräftigen in dem Beschluss „ihre Feststellung, dass die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern sind“.

2. Ziele: Was wollen wir mit dem Konzept erreichen?

Das Marburger Handlungskonzept ist ein kommunales Konzept. Daher sollen die verfolgten Strategien an der städtischen Lebenswirklichkeit der Menschen in Marburg ansetzen, auf direkte Gespräche, Beteiligung und Austausch abzielen und vorhandene Initiativen und Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt vernetzen und stärken.

Das Kernanliegen ist dabei, Dialoge zwischen Marburgerinnen und Marburgern zu ermöglichen und zu stärken, lebendige Dialoge auf der Grundlage eines respektvollen Umgangs miteinander und in Anerkennung der Vielfalt der Erfahrungen der Menschen in unserer Stadt.

Die Lebenswirklichkeiten der Marburgerinnen und Marburger unterscheiden sich sehr. Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Erfahrungen und Lebensentwürfen treffen in unserer Stadt aufeinander. Knapp unter 15 Prozent aller Einwohner*innen sind 18 Jahre oder jünger, knapp über 15 Prozent sind 65 Jahre oder älter. 13 Prozent aller Marburger*innen haben eine ausländische Staatsangehörigkeit und 3 Prozent sind geflüchtet. Ungefähr die Hälfte der Menschen in unserer Stadt ist erwerbstätig, knapp 6.000 Menschen leben dagegen von Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende). Knapp 25.000 junge Menschen studieren in Marburg, knapp 10.000 von ihnen haben eine Adresse in der Stadt. Ungefähr 12.000 Marburgerinnen und Marburger leben in den dörflich geprägten Außenstadtteilen. Sie alle gehören zur Stadtgesellschaft dazu und können sagen: „Wir sind Marburg“.

Mit dem Konzept sollen Gesprächs- und Austauschformate unterstützt bzw. geschaffen werden, in denen sich die Einwohnerinnen und Einwohner Marburgs über diese Vielfalt der Erfahrungen austauschen können und über die unterschiedlichen Sichtweisen, die sich daraus möglicherweise ergeben. Das Ziel ist, lebendige Dialoge zu fördern, bei denen die Menschen miteinander darüber sprechen können, wo sie herkommen, wer sie sind, was sie glauben und meinen, worüber sie sich sorgen und wie sie sich in Zukunft das Zusammenleben in Marburg vorstellen.

Die Rollen von Politik und Verwaltung in diesen Dialogen können dabei – je nach Zielstellung – unterschiedlich sein: Politik und Verwaltung können unterschiedliche Gesprächsformate unterstützen und moderieren. Sie können aber auch eine Rolle als Beteiligte wahrnehmen, zum Beispiel als Adressaten von Vorstellungen und Anliegen der Bevölkerung unserer Stadt.

Diese Dialoge finden – wie jeder ehrliche Meinungs- und Erfahrungsaustausch – in einem Spannungsfeld statt. Wir – die Menschen der Stadtgesellschaft Marburg - sind uns oft nicht einig. Wir alle müssen uns mit Erfahrungen auseinandersetzen, die uns fremd sind. Wir hören Meinungen, die uns nicht gefallen oder die wir sogar grundsätzlich falsch oder gefährlich finden. Trotzdem! Wenn der Dialog ernst gemeint ist, müssen wir zuhören können, bevor wir antworten. Wir müssen die Meinung des Anderen genauso ernst nehmen, wie unsere eigene. Sich im Dialog ernst nehmen bedeutet aber auch, kenntnisreich miteinander zu sprechen, Meinungen und subjektive Erfahrungen an der Realität zu prüfen, Fakten zu nennen und gesicherte Fakten anzuerkennen.

Gegenseitiger Respekt, vorurteilsfreies Zuhören, das Ringen um Kompromisse und gemeinsame Standpunkte: Dies sind auch die Leitplanken der politischen Meinungsfindung in demokratischen Gesellschaften. Darum glauben wir: Wenn wir den Dialog stärken, stärken wir auch unser demokratisches Gemeinwesen und ein demokratisches Miteinander in Marburg.

Eine Grenze findet der Dialog allerdings dort, wo Äußerungen den vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmen der Meinungsfreiheit sprengen. Nicht zu tolerieren sind Verstöße gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Beleidigungen und Verleumdungen der

politischen Gegenseite, rassistische Aufrufe und rechtsextreme Propaganda, antisemitische Äußerungen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus, frauenverachtende Slogans und Darstellungen, die einzelne Gruppen in unserer Mitte ausgrenzen, abwerten und herabwürdigen. Wir nehmen es nicht hin, wenn demokratiefeindliche und autoritäre Strukturen verherrlicht werden, und grenzen uns ab gegen ein sozialdarwinistisches Gesellschaftsverständnis, nachdem sich die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren durchsetzen sollen. Rechtsextremistische Ideologien und Strukturen sollen weiterhin keine Plattform in Marburg finden. Darum sehen wir unsere Aufgabe auch darin, über rechtsextreme Strukturen aufzuklären und Unterstützung zu leisten bei der Formulierung von Gegenargumenten und Gegenstrategien.

3. Welche Inhalte hat das Konzept?

Laut dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung soll das Konzept gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Stadtverordnetenversammlung entwickelt werden. Die in diesem Entwurf enthaltenden Vorschläge verstehen sich dementsprechend als ein „**lebendes Konzept**“. Wir bieten eine Struktur, an der weitere Vorschläge und Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung Marburg als auch des Stadtparlaments und der Zivilgesellschaft andocken können und ihren Platz finden.

Zur Umsetzung des Konzepts soll ein niedrigschwelliger Fördermechanismus geschaffen werden, um entsprechende Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen zu fördern.

Es ist der Anspruch dieses Konzepts, bei einem wichtigen kommunalen Entwicklungsthema Neuland zu betreten. Bestehende Ansätze zur Stärkung des demokratischen Zusammenhalts sollen weiterentwickelt und auf der Grundlage der gewonnenen Umsetzungserfahrungen gute Praktiken zur Demokratieförderung in Marburg entwickelt werden. Im Rahmen des Konzepts sollen innovative Dialog- und Beteiligungsformate geschaffen, eingesetzt und auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden. Bestehende Ansätze zur Demokratieförderung sollen in neuer Weise verknüpft werden, um zu testen, inwieweit daraus zusätzlicher Mehrwert für die kommunale demokratische Kultur gewonnen werden kann. In Kooperation mit dem „Demokratiezentrum Hessen“ am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg sowie ggf. mit weiteren universitären Einrichtungen sollen insbesondere Antworten auf die Frage gefunden werden, welche Ansätze sich besonders gut eignen, um lokale Demokratie im Sinne dieses Konzepts zu stärken. Dementsprechend sind auch Studien zur Praktikabilität und Umsetzung einzelner Ansätze vorgesehen.

Die Umsetzung des Konzepts erfolgt in vier Aktionsfeldern („Säulen“)

1. Säule 1: Antidiskriminierung

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und ein nationaler Überlegenheitsanspruch (z.B. Denken in sog. „Menschenrassen“, Ethnozentrismus, Chauvinismus, Ideologie der sozialen Ungleichheit) zählen zu den Dimensionen rechtsextremen Denkens. Resonanz finden politische Parteien mit entsprechenden oder an diese Dimensionen angelehnten Inhalten auch deshalb, weil sie an Vorurteile gegen „Fremde“ und alltagsrassistische Einstellungen, die in weiteren Teilen der Bevölkerung verbreitet sind, anknüpfen können.

Daher soll mit dem Konzept ein Beitrag geleistet werden zur Aufklärung über und zum Abbau von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung. Dabei ist es uns wichtig, die Perspektive derjenigen Marburger*innen einzubeziehen, die aufgrund entsprechender Einstellungen und Deutungsmuster Diskriminierung erfahren. Ihre Anliegen wollen wir stärken.

Folgende Ansätze werden zum Teil bereits praktiziert bzw. eine Umsetzung wird geprüft:

- Diskriminierung erfassen und sichtbar machen
- Trainings gegen Antidiskriminierung und Alltagsrassismus für Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft sowie für interessierte Marburger Vereine und Initiativen
- Schulungen für Beratungsstellen zu Antidiskriminierung
- Verstärkter interkultureller Austausch zwischen Marburger Vereinen ohne Migranten und Vereinen, die Migranten vertreten
- Förderung und Begleitung der Ansätze zu interkulturelle Begegnung und Antidiskriminierung im Bereich Sport
- Entwicklung von Gegenmaßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zusammen mit den Betroffenen (z.B. Migrantenvereine)
- Empowerment der Betroffenen (Giving a Voice)
- Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei Antidiskriminierungsmaßnahmen
- Kooperation mit der von der Stadt mitgetragenen Antidiskriminierungsstelle Mittelhessen (Finanzierung einer Viertelstelle, Beitritt der Stadt in den Förderverein, Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangebote für Opfer von Diskriminierung) und dem Netzwerk Antidiskriminierung Mittelhessen (gefördert vom Land Hessen angedockt bei der Antidiskriminierungsstelle des Landes)
- Gesprächskreis / Fortbildungsangebote in der Stadtverwaltung (Stärkung der Antidiskriminierungskomponente in den interkulturellen Trainings der Stadtverwaltung)
- Förderung von Projekten und Angeboten an Marburger Schulen mit dem Titel „Schule ohne Rassismus“
- Unterstützung bestehender weiterer Initiativen in Marburg (z.B. Internationale Wochen gegen Rassismus)

2. Säule 2: Dialog und Beteiligung

Im Unterschied zu rechtsextremistischen Parteien und Bewegungen vertreten rechtspopulistische Bewegungen oder Parteien keine eindeutig rechtsextreme politische Programmatik. Ihre Politik ist eher gekennzeichnet durch einen opportunistischen und teilweise demagogischen Politikstil, der das Ziel verfolgt, durch einfache Antworten auf komplexe Fragen schnell Zuspruch in breiteren Teilen der Bevölkerung zu erlangen. So werden beispielsweise verbreitete politischen Ohnmachtsgefühle mit Deutungsmustern verbunden, die pauschal bestimmte Bevölkerungsgruppen für wahrgenommene gesellschaftliche Missstände verantwortlich machen. Es gibt allerdings Grauzonen, da rechtspopulistische Parteien rechtsextreme Ideologieelemente nutzen können oder sich personelle Überlappungen ergeben können.

Durch direkte Dialog- und Beteiligungsformate will das Konzept einen Beitrag leisten zum Abbau von Politikverdrossenheit.

Folgende Ansätze sind vorgesehen bzw. eine Umsetzung wird geprüft:

- Direkte Gesprächsformate / Beteiligungsformate auf Stadtteilebene („Kümmerer“-Funktion für wahrgenommene Missstände übernehmen in enger Verknüpfung mit Demokratiebildung; Präsenz zeigen von Seiten der Stadtverordneten und der politischen Verwaltungsspitze)
- Niedrigschwellige Dialogformate zu gesellschaftlichen Themen in „geschützten Räumen“ ohne Öffentlichkeit
- Dialogformate zu gesellschaftlichen Themen mit Öffentlichkeit und professionellem Faktencheck
- Austauschformate für Jugendliche (z.B. gemeinsame Projekte für Jugendliche / junge Erwachsene mit unterschiedlichen Einwanderungsgeschichten / ohne Einwanderungsgeschichte)

3. Säule 3: Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

In Marburg gibt es eine breite Vielfalt von Initiativen und Organisationen, die sich für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte einsetzen. Ein wichtiges Anliegen des Konzeptes ist es, diese Initiativen noch stärker als bisher zu vernetzen und einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Außerdem soll durch unterschiedliche Veranstaltungsformate der öffentliche Austausch über Themen wie Vielfalt, Rassismus, Rechtsextremismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit in der Stadtgesellschaft noch stärker als bisher gefördert werden und präsent sein.

Folgende Ansätze sind vorgesehen:

- Veranstaltungen zu Themen wie Vielfalt, Alltagsrassismus, Antisemitismus, Erscheinungsformen und Strategien gegen Rechtsextremismus, Ideologie und Struktur der Identitären Bewegung, usw.
- Gründung eines Netzwerkes mit Akteur/innen und jährliche Vernetzungstreffen
- Enge Zusammenarbeit mit den Antidiskriminierungsstellen und -initiativen
- Durchgehende Berücksichtigung von Engagement für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus in der städtischen Öffentlichkeitsarbeit (z.B. StudierMalMarburg, Integration des Themas in allgemeine Presseveranstaltungen, Facebook, Twitter)

4. Säule 4: Lokale anwendungsbezogene Forschung und Akquise von Fördermitteln

Die bundesdeutsche Rechtsextremismus-Forschung hat in den vergangenen Jahrzehnten breite Kenntnisse zu den Erscheinungsformen und Ursachen des Rechtsextremismus zusammengetragen. Auch aktuelle Entwicklungen werden von der Wissenschaft intensiv untersucht. Gleichzeitig haben sich in auf regionaler und überregionaler Ebene staatlich finanzierte Bündnisse und Aktionsnetzwerke zusammengeschlossen. Der Bund und das Land Hessen bieten verschiedene Programme zur Förderung von Vielfalt und Demokratie an.

Dennoch gibt es bezogen auf den Kontext in Marburg Forschungsbedarf, insbesondere mit Blick auf anwendungsbezogene Forschungsfragen, z.B. zu Kommunalwahlergebnissen und wirksamen Instrumenten gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auf Stadtteilebene. Mit dem an der Philipps-Universität angesiedelten Demokratiezentrum Hessen sowie weiteren einschlägigen Fachbereichen verfügt die Stadt über kompetente und engagierte Partner zur Bearbeitung dieser und weiterer Fragestellungen.

Folgende Ansätze sind vorgesehen bzw. eine Umsetzung wird geprüft:

- Niedrigschwellige Wissensreihe zu unterschiedlichen Aspekten des Rechtsextremismus in Kooperation mit der Universität
- Förderung von Projekten und Angeboten an Marburger Schulen zur niedrigschwelligen Vermittlung von Wissen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Autoritarismus und verwandten Themen
- Studien zu Einstellungen und Ursachen von Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Chauvinismus in Marburg
- „Kritikwerkstatt“ in interessierten Stadtteilen zu Ansätzen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus (Welche Ansätze haben funktioniert? Welche nicht? Warum?)
- Sicherung der Nachhaltigkeit des Konzepts für „Dialog und Vielfalt - Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“ durch die Erschließung von Fördergeldern auf Landes- und Bundesebene

4. Wie werden wir das Konzept umsetzen?

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sieht vor, das Konzept gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Stadtverordnetenversammlung zu entwickeln. Dementsprechend verstehen wir das Konzept als ein „**lebendes Konzept**“ und eine Struktur, über die entsprechende Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung Marburg als auch des Stadtparlaments und der Zivilgesellschaft gefördert werden können.

Bei der Ausgestaltung des Konzepts sowie der Umsetzung der geförderten Aktivitäten sollen dabei verschiedener Instrumente der Bürger*innenbeteiligung genutzt werden.

Die Online-Informations- und Beteiligungsplattform der Universitätsstadt Marburg (www.marburgmachtmit.de) wird dabei genutzt für:

- Einen strukturierten Online-Dialog zur Sammlung von Ideen und Vorschlägen für das Konzept
- Die Information über die im Rahmen des Konzepts umzusetzenden Aktivitäten
- Die Vernetzung interessierter Akteur*innen.

Schaubild Aktionsfelder des Handlungskonzepts

